

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
A. Hintergrund der Untersuchung	19
B. Gang der Darstellung	24
Kapitel 1: Die Kronzeugenprogramme als wesentlicher Bestandteil der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung	27
A. Behördliche Kartellrechtsdurchsetzung und Sanktionspraxis	27
I. Die behördliche Kartellrechtsdurchsetzung in den USA	28
II. Die behördliche Kartellrechtsdurchsetzung in der Europäischen Union	29
1. Das Verhältnis zwischen dem europäischen und dem nationalen Kartellverbot	30
2. Sanktionsmaßnahmen gegen Kartelle	32
a. Sanktionsmaßnahmen der Europäischen Kommission	32
(1) Überblick über die Befugnisse der Europäischen Kommission	32
(2) Die Sanktionierung von Kartellen mittels Geldbußen	33
i. Rechtsrahmen	33
ii. Überblick über die von der Europäischen Kommission verhängten Geldbußen	34
b. Sanktionsmaßnahmen der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden	36
(1) Das Kartellverbot in ausgewählten europäischen Mitgliedstaaten	37
i. Deutschland	37
ii. Frankreich	38
(2) Der Beitrag der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden zur Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts	38

III. Die behördliche Kartellrechtsdurchsetzung in ausgewählten weiteren Jurisdiktionen	39
1. Europäischer Raum: Vereinigtes Königreich	40
2. Asiatischer Raum: Indien, China und Japan	41
3. Lateinamerikanischer Raum: Mexiko	42
4. Ozeanischer Raum: Australien	42
IV. Fazit	43
B. Kronzeugenprogramme als wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Kartellen	43
I. Die Kronzeugenprogramme als Informationsquelle zur Aufdeckung von Kartellen	44
1. Schwierigkeiten bei der Aufdeckung von Kartellen	44
2. Das Kronzeugenprogramm als Anreiz für die Offenlegung von Kartellen	48
a. Der Begriff des Kronzeugen	48
b. Die Besserstellung des Kronzeugen	49
(1) Sanktionserlass und -ermäßigung	49
(2) Teilweiser Schutz vor Schadensersatzklagen	50
II. Die Kronzeugenprogramme als Mittel zur Destabilisierung bestehender Kartelle und zur Abschreckung vor der Bildung neuer Kartelle	54
1. Das Gefangenendilemma als theoretische Grundlage der Kronzeugenprogramme	54
a. Das Gefangenendilemma	55
b. Das Dilemma der Kartellanten	55
2. Destabilisierung der Kartelle als Folge der Kronzeugenregelungen	57
3. Abschreckung vor der Bildung neuer Kartelle	57
III. Die Entwicklung der Kronzeugenprogramme im Überblick	58
1. USA	58
2. Europäische Union	60
a. Europäische Kommission	60
b. EU-Mitgliedstaaten	63
(1) Deutschland	63
(2) Frankreich	64
(3) Weitere europäische Mitgliedstaaten	65
3. Weitere ausgewählte Rechtsordnungen	67
4. Die Kronzeugenregelungen im Vergleich	70

IV. Der Beitrag der Kronzeugenprogramme zur behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung	71
1. Voraussetzungen für ein erfolgreiches Kronzeugenprogramm	71
a. Effektive Ahndungsmechanismen	72
b. Ausreichendes Entdeckungs- und Verfolgungsrisiko	73
c. Rechtssicherheit und Transparenz	74
2. Erfolgsquote der Kronzeugenprogramme	75
V. Aktueller Trend: Rückgang der Kronzeugenanträge	76
VI. Zwischenergebnis	79
 Kapitel 2: Die Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Kronzeugenprogrammen im Falle von Kartellen mit multi-jurisdiktionalen Auswirkungen	 81
A. Die erforderliche mehrfache Antragstellung	82
I. Parallele Zuständigkeiten für die Verfolgung und Sanktionierung von Kartellen mit multi-jurisdiktionalen Auswirkungen als Folge des Auswirkungsprinzips	82
1. Das Auswirkungsprinzip als Grundlage für parallele Zuständigkeiten	83
a. Das Auswirkungsprinzip als interessengerechte Regelung für behördliche Zuständigkeiten	83
b. Überblick über die Entwicklung in der amerikanischen Rechtsordnung	84
c. Überblick über die Entwicklung im europäischen Kartellrecht	86
(1) Die Praxis der Europäischen Kommission	87
(2) Die Rechtsprechung der europäischen Gerichte	88
d. Das Auswirkungsprinzip auf nationaler Ebene	90
(1) In Europa	90
(2) In ausgewählten weiteren Jurisdiktionen	92
i. Südamerika, Kanada, Afrika, Ozeanien	92
ii. Asiatisch-pazifischer Raum	93
2. Fazit	94
II. Keine grenzüberschreitende Wirkung eines Kronzeugenantrags	96

III. Fehlende Gewissheit in Bezug auf die sich des Falles annehmende Behörde	97
1. Fehlende verbindliche Fallverteilungskriterien	98
a. Die Zuständigkeitsverteilung innerhalb des Europäischen Wettbewerbsnetzes als Orientierungshilfe	98
(1) Der grundsätzliche Zuständigkeitsvorrang der Europäischen Kommission	100
(2) Die Grundsätze der Fallverteilung innerhalb des Europäischen Wettbewerbsnetzes	104
(3) Die Möglichkeit der Fallumverteilung	106
b. Bewertung	107
2. Die „mosaikartige“ Ahndung eines Kartells und der „ne bis in idem“-Grundsatz	108
a. „Ne bis in idem“ als Rechtsgrundsatz des europäischen Kartellrechts	109
(1) Verhältnis der Bußgeldverhängung durch die Europäische Kommission zu den mitgliedstaatlichen Sanktionen	112
(2) Verhältnis der mitgliedstaatlichen Bußgeldentscheidungen zueinander	115
(3) Verhältnis einer Bußgeldentscheidung nach europäischem Recht zu drittstaatlichen Kartellsanktionen	118
b. Parallele Sanktionierung: Beispiele aus der Praxis	120
(1) Mehrfache Sanktionierung auf globaler Ebene	121
i. <i>Marine Hose</i> -Kartell	121
ii. <i>Vitamin</i> -Kartell	122
(2) Mehrfache Sanktionierung innerhalb der EU	123
i. Parallele Verfolgung eines Kartelles durch die Europäische Kommission und die mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden	124
α. <i>Waschmittel</i> -Kartell	125
β. <i>Frachtverkehr</i> -Kartell	126
ii. Parallele Verfolgung eines Kartelles durch mehrere mitgliedstaatliche Wettbewerbsbehörden	127

c. Ermessensspielraum der Wettbewerbsbehörden als Schranke der mehrfachen Sanktionierung?	127
IV. Fazit	129
B. Praktische Probleme bei der mehrfachen Antragstellung	130
I. Identifizierung der für die Kronzeugenantragstellung in Betracht kommenden Jurisdiktionen	132
1. Liegt ein Wettbewerbsverstoß vor?	132
2. Geographische Reichweite des mutmaßlichen Wettbewerbsverstoßes	134
II. Die Gefahr des Fehlens von Kronzeugenprogrammen	135
III. Unterschiede im Anwendungsbereich der Kronzeugenprogramme	137
IV. Beschränkte Rechtssicherheit	142
1. Fehlende normative Verankerung mancher Kronzeugenprogramme	142
2. Unterschiedlicher Ermessensspielraum der Wettbewerbsbehörden in Bezug auf die Gewährung des Kronzeugenstatus	143
V. Sich gegenseitig ausschließende Voraussetzungen	146
VI. Zusätzliche Herausforderungen für die Kronzeugenantragsteller	148
1. Qualität der eingereichten Informationen	148
2. Sprachlich bedingte Herausforderungen	149
3. Das Risiko eines Informationslecks	151
VII. Das Risiko abweichender Ergebnisse in Bezug auf die Kronzeugenbehandlung	152
1. Weltweite Untersuchung des Verstoßes	152
a. <i>Vitamin-Kartell</i>	152
b. <i>Graphitelektroden-Kartell</i>	153
2. Untersuchung des Verstoßes innerhalb des ECN	153
a. <i>Waschmittel-Fall</i>	153
b. <i>Frachtverkehr-Kartell</i>	154
C. Fazit	155
Kapitel 3: „One-stop-shop“-Prinzip als Lösung?	159
A. Bedarf nach einer „radikalen“ Lösung?	159

B. „One-stop-shop“-Modelle	160
I. Das „one-stop-shop“-Prinzip	160
II. Denkbare „one-stop-shop“-Varianten	161
1. Ausschließliche Zuständigkeit einer Wettbewerbsbehörde in Bezug auf die Ahndung von Kartellen mit multi-jurisdiktionalen Auswirkungen	162
a. Ausschließliche Entscheidungskompetenz der Europäischen Kommission	162
(1) Gestaltung	162
(2) Bewertung	163
b. Ausschließliche Entscheidungskompetenz eines ECN-Mitglieds nach verbindlichen Fallverteilungskriterien	165
(1) Gestaltung	165
(2) Bewertung	167
2. Ausschließliche Entscheidungskompetenz eines ECN-Mitglieds in Bezug auf die Gewährung des Kronzeugenstatus	168
a. Ausschließliche Entscheidungskompetenz der Europäischen Kommission	169
(1) Gestaltung	169
(2) Bewertung	171
b. Ausschließliche Entscheidungskompetenz des ersten kontaktierten ECN-Mitglieds	173
(1) Gestaltung	173
(2) Bewertung	176
C. Schlussfolgerungen	177
 Kapitel 4: Bisherige Maßnahmen zur Vereinfachung der mehrfachen Antragstellung	 181
A. Harmonisierungsmaßnahmen	181
I. ECN+-Richtlinie	183
1. Entstehungsbedarf	184
2. Das ECN-Model Leniency Programme als Basis der Kronzeugenregelungen der ECN+-Richtlinie	186
a. Die Entwicklung des ECN-MLP	187
b. Bewertung des Beitrags des ECN-MLP zur Konvergenz der Kronzeugenprogramme	189

3. Harmonisierungsstandards der ECN+-Richtlinie	190
a. Harmonisierungsstandards in der Gesamtschau	190
b. Harmonisierungsgrad in Bezug auf die Kronzeugenregelungen	192
4. Die Kronzeugenregelungen der ECN+-Richtlinie	193
a. Der Anwendungsbereich der Kronzeugenregelungen	194
(1) Persönlicher Anwendungsbereich	194
(2) Sachlicher Anwendungsbereich	195
b. Erlass der Geldbuße	196
c. Ermäßigung der Geldbuße	197
d. Anforderungen an die Kronzeugenbehandlung	198
e. Formalia	200
5. Bewertung des Beitrages der ECN+-Richtlinie zur Harmonisierung der Kronzeugenprogramme	201
II. <i>Soft Law</i> -Regelungen im Rahmen des <i>International Competition Network</i>	204
1. <i>Good Practices 2014</i>	204
2. <i>Checklist for efficient and effective leniency programmes 2017</i>	206
III. Zwischenergebnis	209
B. Marker	209
I. Funktionsweise des Systems	210
II. Der Beitrag des Marker-Instruments zur effektiven Kartellrechtsdurchsetzung	212
III. Herausforderungen bei der Markersetzung in Fällen von Kartellen mit multi-jurisdiktionalen Auswirkungen	214
1. Unterschiede zwischen den Marker-Instrumenten	215
a. Der Anwendungsbereich des Marker-Instruments	215
b. Unterschiede in Bezug auf die erforderlichen Mindestinformationen	216
c. Die Frist für die Ausarbeitung eines Markers zu einem Antrag	217
2. Der Ermessensspielraum der Behörden	219
3. Strategische Überlegungen bei der mehrfachen Markersetzung	221
IV. Fazit	222

C. Kurzanträge	223
I. Entstehung und Funktionsweise des Instruments der Kurzanträge nach dem ECN-MLP	223
II. Der große Anklang der Kurzanträge	227
III. Harmonisierung des Instruments der Kurzanträge über die ECN+-Richtlinie	229
1. Das Bedürfnis nach Harmonisierung	229
2. Die Kurzantragstellung nach der ECN+-Richtlinie	231
IV. Der <i>DHL</i> -Fall als Beispiel der Grenzen für Kurzanträge im Rahmen der mehrfachen Antragstellung	234
1. Überblick über das Verfahren	234
a. Die Aufdeckungsbemühungen der Kartellanten	235
b. Die Reaktion der Wettbewerbsbehörden	236
(1) Europäische Kommission	236
(2) AGCM	237
2. Die Entscheidung der AGCM in Bezug auf die Kronzeugenbehandlung	238
a. Der streitige Rang der Antragsteller	238
b. Die Nichtigkeitsklage von DHL als Reaktion auf die Entscheidung der AGCM	239
3. Vorlagefragen und Stellungnahme des EuGH	239
a. Verstoß gegen die europäischen Grundsätze und die Regelungen des ECN?	240
b. Das Verhältnis des Kurzantrages zum Antrag bei der Europäischen Kommission	241
c. Die Zulässigkeit der Kurzanträge der Mitkartellanten	243
4. Bewertung des EuGH-Urteils	244
5. Die Relevanz des <i>DHL</i> -Falles auch nach Erlass der ECN+-Richtlinie	247
V. Bewertung des Instruments der Kurzanträge	248
D. Fazit	251
Kapitel 5: Die Einführung eines „ <i>stop the clock</i> “-Modells als Lösung?	253
A. Neudefinition der Ziele unter Berücksichtigung der bisherigen Erkenntnisse	253

B. Lösungsansätze	255
I. „ <i>Stop the clock</i> “-Lösung innerhalb des ECN	255
1. „ <i>Jump-back-in-time</i> “-Effekt im Rahmen des ECN+- Richtlinienvorschlags	255
a. Gestaltung	255
b. Bewertung	256
2. Weitergehende Lösungsvorschläge	259
a. ECN-Plattform für die Kronzeugenantragstellung	259
(1) Gestaltung	259
(2) Bewertung	261
b. ECN-weites Marker-System	262
(1) Gestaltung	263
(2) Bewertung	267
c. ECN-Plattform für die Abgabe der Bereitschaftserklärung zur Aufdeckung des Kartells	270
(1) Gestaltung	271
(2) Bewertung	273
3. Gesamtbewertung und Schlussfolgerungen anhand des <i>DHL</i> -Falles	275
II. „ <i>Stop the clock</i> “-Lösung auf globaler Ebene	279
1. Auf der Suche nach einem globalen „ <i>stop the clock</i> “- Modell	279
2. Ein globales Marker-System	281
a. Gestaltung	281
b. Bewertung	285
III. Verbindung der vorgeschlagenen Lösungsansätze	287
Kapitel 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	289
Literaturverzeichnis	299
Materialienverzeichnis	311
A. Europäische Kommission	311
B. Bundeskartellamt	313
C. US Department of Justice	313
D. Andere Behörden und internationale Organisationen	314
E. Sonstige Materialien	317

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis zitierter Entscheidungen	319
A. Unionsgerichtsbarkeit	319
I. Europäischer Gerichtshof	319
II. Europäisches Gericht	320
B. Weitere Gerichtsentscheidungen	320
C. Entscheidungen der Kartellbehörden	320
I. Europäische Kommission	320
II. Entscheidungen anderer Wettbewerbsbehörden	321